

Ortsbeiräte – kommunalpolitisches Placebo oder kommunalverfassungsrechtliche Institution?

Unter diesem Titel kamen am 27. Januar 2018 über 70 Vertreter*inne aus Hessischen Ortsbeiräten nach Gießen. Eingeladen hatte die SGK Hessen und die Akademie für Kommunalpolitik. "Ich freue mich, dass so viele unserer Einladung gefolgt sind. Das zeigt, dass Ortsbeiräte politisch interessiert sind und sich vernetzen wollen", sagte die SGK Vorsitzende Kirsten Fründt in ihrer Begrüßung.

Das Einführungsreferat hielt Endrick Lankau, Fachanwalt für Verwaltungsrecht und ehemaliger Bürgermeister von Groß Gerau. Sein Plädoyer: Ortsbeiräte sollen ihre Rechte, die ihnen die Hessische Gemeindeordnung einräumt auch ausschöpfen. Sie haben das Recht, über Planungen in ihren Bereichen informiert und gehört zu werden. Sie können Anträge an die Gemeindevertretungen stellen und können Verfügungsmittel bekommen, mit denen eigene Vorhaben umgesetzt werden können.

Adi Schubert berichtete aus Bergen- Engheim, dass mit der Eingemeindung des Stadtteils nach Frankfurt ein eigenes Budget festgelegt wurde, das bis heute besteht. Immerhin ein dreistelliger Betrag. Dort bestimmt der Ortsbeirat sogar über den Teil des Stellenplans, der den Stadtteil betrifft. Die Verwaltungsstelle ist gleichzeitig Geschäftsstelle des Ortsbeirats und der kümmert sich um Alten- und Jugendarbeit und um die Vereinsförderung.

Matias Scherer aus Wiesbaden – Naurod brachte auch ein gutes Beispiel mit auf die Konferenz. Dort besteht seit 1991 eine Städteverschwisterung mit der Gemeinde Fondettes in Frankreich. Und das ist in Wiesbaden nicht die einzige Verschwisterung auf Ortsbeiratsebene. Wiesbaden – Bierstadt ist mit Terrasson verschwistert und Biebrich mit der Schweizer Stadt Glarus.

Schließlich berichtete Moritz Röder, Ortsvorsteher im nördlichsten Stadtteil Darmstadts davon, wie es dem Ortsbeirat gelang, ein Neubaugebiet zu integrieren und zu politisieren. Wenn der Ortsbeirat der erste Ansprechpartner der Bürger*innen ist, kommen alle Themen auf den Tisch: Schulwegsicherheit, Ausbau der Straßen, Geschwindigkeit des Internet, Spielplatzangebot, Fluglärm, Lärmschutzwand, Verkehrsfluss zum Neubaugebiet.

In der Abschlussdiskussion spielte natürlich die Frage des eigenen Budget für Ortsbeiräte eine zentrale Rolle. Aber das wäre leicht zu lösen: statt "Verfügungsmittel" müssten alle Ortsbeiräte ein eigenes Budget bekommen. Das wäre über die Landeshaushaltsordnung zu erreichen.